

Oskar Lafontaine habe der SED/PDS/WASG/Linkspartei einen „stramm sozialistischen Programmwurf“ verordnet, wußte die „Welt am Sonntag zu berichten, und prompt gab der Noch-Bundesgeschäftsführer der Linkspartei der Öffentlichkeit zu verstehen, was von diesem Text zu halten sei: Veränderungsbedürftig sei er, Verbesserung sei zu erwarten, vor allem beim Eigentumsverständnis hapere es noch, denn privater Besitz sei „kein Teufelszeug“. Dietmar Bartsch - „SED-Nachfolger“, aber geläutert, ein „Reformsozialist“, etwas eigenwillig mitunter, aber doch ein exzellenter Organisator? Da muß man näher hinschauen.

Bartsch – des SPIEGELs braver SED-Nachfolger

von Peter Rath-Sangkakorn

Der staatstragende Flügel in SED, PDS und Linke – heute vorzugsweise um das vom SPIEGEL umschmeichelte „Forum Demokratischer Sozialisten“ (FDS) – hat seine stereotypen Konstanten. Zwar geht es den Staatstragenden gegenwärtig vorzugsweise „nur“ um „ihre“ Job- und-Geld-Selbstbedienung im Karl-Liebknecht-Haus (KLH) unter (Geschäfts-)Führung einer winzigen und umso verschworeneren, rechts-konvertierten FDJ-Seilschaft, aber den Parteidelegierten verkaufen sich die rechtsgewendeten SPIEGEL-Fechter als hehrer „Traditionsverein der PDS“, als „Identität unserer Leidensgeschichte“ oder gar als „Seele des Ostens“. Mit dem verführerischen Schlachtruf „Der Westen will uns schon wieder alles nehmen“ führen so die sechs Ost-Landesvorsitzenden ihre untergebenen Bundes-Delegierten in den innerparteilichen Grabenkrieg – gegen alles was von weiter links kommt. Ihr Vorbild kommt von früher: die Geschlossenheit zu SED-Zeiten. Aber ihre Klügeren ahnen: solche Geschlossenheit blättert bei selbstständigem Nachdenken. 2003 kündigten die Ostdelegierten ihren Landesvorsitzenden an der Delegationsspitze die Gefolgschaft und wählten die für wahrhafte DDR-Folklore verhasste Sahra Wagenknecht in Richtung Europaparlament; 2008 ließen sie gar Kaufmann & Brie auf der Strecke. Und weil jede ausfransende Geschlossenheit einen um so höheren Leuchtturm braucht (und Gregor Gysi sie schon lange nicht mehr in innerparteiliche Postenkriege führen will), entschieden sie sich für Dietmar Bartsch als rechte Gallionsfigur.

Dietmar Bartsch ist der ideelle SED-Nachfolger neuen Typus'. Ihm kann niemand hinter selbstgefälliges Grinsen und verschlagene Augen blicken. Als Realpolitiker wäre er gern der gemeinsame Nenner aus allen Tertiärtugenden von Honecker und Wehner: wer sich linken Träumen hingibt, Herzenswärme auf den Lippen trägt oder Visionen hat, gehört „zum Arzt“ -

oder in noch wirksamere Behandlung. „Bartschie“ kann sich unterwerfen, so „unverbrüchlich“ (Honecker) wie „bedingungslos“ (Schröder). Und ebensolche Unterwerfung verlangt er. Denn am Ende des Tages will er tragender Teil von Staatsmacht sein. Egal welcher. Der sowjetgesteuerten von damals wie der US-geführten von heute. Und weil heute „Der SPIEGEL“ und „Die Welt“ zur Staatsmacht gehören, sind ihm deren Schreibagentinnen intimer, als frustrierte Spinner in der eigenen Partei, für deren Zappelei und Schulterschuppen man sich ja nur schämen muss. Nicht nur vor SPIEGEL-Redakteuren, sondern auch vorm SPD-Vorstand.

Vom braven SED-Funktionär zum gewerbsmäßigen Parlamentarier ...

Bartsch glaubt nicht groß an irgendwas. Er gehörte in der SED zu jener jungen moskau-geschulten Aufsteigertruppe, die hinter bequemer Mauer und dem Rücken der bröckelnden Alten an ihren Karrieren bastelten, auftragsgemäss Antifa-Rentnern bei Sowjetbesuchen-Besuchen entsprechende Fähnchen in die Hand drückten und in sich hinein grinsten, wie blöde sowas funktioniert. 1989 war ein Karriereknick, aber *eine* Hoffnung gaben sie nie und nimmer auf: Staatsmacht würde nun mal sowas wie sie immer brauchen. Denn: „Anpassung muss sich wieder lohnen“. Augenzwinkernd wurde das FDP-Motto von der Leistung in Ostidentität umchiffriert. Das Ganze wurde nicht zum einfachen Unterfangen, denn die neuen Herren aus den Westparteien gaben sich ungnädig, mit Bartsch'en Unterwürfigkeiten nie ganz zufrieden. Mann/frau konnte sich noch so für Mauer, Zwangsvereinigung der SED und Verstaatlichung entschuldigen: wenn es den neuen Herren genehm war, stiegen Bartsch, Kaiser, Brie und Vietze zu „Pragmatikern“, „Realpolitikern“ und „Reformern“ auf. Um sie aber stets wieder an ihre Rolle als Zuchtmeister der innerlinken Linken zu gemahnen, wurden sie vom „SPIEGEL“ gelegentlich zu Stasi-Frass verwurstet. Die so Gedemütigten verzichteten auf jeden Stolz und wurden umso mehr Kampfpreserve für mickrige Koalitionsverträge. War Bartsch da die Ausnahme und durfte er auf Dank von oben rechnen? Nicht ganz, der „SPIEGEL“ steckte Bartsch jüngst, dass eben gerade auch seine Moskau-DDR-Vita auf Skandalisierbares durchforstet würde. Noch seien ja nicht alle Birthler-Schnitzel enttarnt.

Auf Wunsch von oben hatte sich Bartsch zwar flugs und flott von allem Sowjetischen distanziert. Aber seine Moskauer Lektionen beim Abkanzeln von innerparteilichen Kritikern – gelernt ist gelernt – wendet er gerne an: wer ihn kritisiert, kann schon mal öffentlich als „Trotzkist“ (wie ein damaliger MdB) gebrandmarkt werden. Und das „T“ hinter dem Namen verhiess in Moskau Gulag – als Mindeststrafmass. Die neuerdings auszugrenzenden Trotzkisten waren nicht mehr antisowjetisch, sondern „antiamerikanisch“. Wie Bartsch zur PDS kam? Einmal soll er da auf einem Flur gesessen haben, früher Geschäftsführer einer FDJ-Zeitung, kaum einer kannte ihn. Gleich bot er sich als Schatzmeister an. Einige schüttelten den Kopf.

Aber: der Partei ging es nicht gut. Also sah alles nach Opfergang aus. Plötzlich schöpfte niemand mehr Verdacht.

Zum realpolitischen Erbe von SED wie SPD gehört Legendenbildung durch geschäftsführende Kader: Geduld, Genossen, der Kaiser hat grade wieder eine neue Ladung Kleider gekriegt. Alles im grünen Bereich: Erich Honecker hat Charisma und unser Staat kann Handwerksläden und Wurstbuden führen. Andersherum, drüben, bei der SPD hießen des Kaisers Kleider: die sowjetische SS-20 habe eine westliche „Raketenlücke“ geschaffen, die Schmidt mit einer Friedenswaffe namens „Pershing“ nun schliessen würde. Wer dagegen protestiere, ver helfe kalten Kriegern, wie Strauss, an die Regierung. Ausserdem bringe Privatisierung prinzipiell mehr Effizienz. Und dazu kam das Schröder-Basta! Die SPD hat wenig Grund, der SED vorzuhalten, was diese über innerparteiliche Dissidenten wie Rudolf Bahro wieder und wieder gelogen hatte, bis sie kaputtgespielt waren. Mit Agartz, Abendroth und Coppick verfuhr die SPD auch nicht zimperlich. Aber weil sich Flügel und Strömungen in der SED nicht zeigen durften (und in der SPD Schmidts nur widerwillig geduldet waren), blieb Widerspruch randständig. So lernunfähig und selbstgefällig gerieten beide, SED und SPD, aufs geseifte Brett abwärts. Aber immerhin: die Unliebsamen waren ausgesondert. Der Apparat muss leben, auch wenn die Partei siechen muss. Bartsch hat den Text seiner Vorbilder geändert. Die intrigante Handschrift blieb.

Brecht riet einst höhnisch, Lügen dadurch vor Anzweiflern zu schützen, dass sie ins Unübersehbare vergrößert und vervielfacht würden. Auch die SED-PDS muss sich von dieser Erkenntnis ihr Scheibchen abgeschnitten haben. Und so wurde, bis sich die Balken bogen, wiederholt, Bartsch verstehe viel von Geld. Dass er als früherer Bundeskassenwart ab 1991 im Umgang mit SED- und PDS-Kassen ein „Händchen“ gehabt haben soll, gehört zu den Legenden ihrer „Gründer“-Zeit. Unbewiesen – weil niemand ausser dem sogenannten Hungerstreik-Komitee um Brie, Bartsch, Vietze u.a. Einblick haben durfte. Das alte Geld war Goldstaub, auch für einen linken Wessi, selbst wenn der vom Parteitag demokratisch in die Geschäftsführung der PDS gewählt worden war.

Die Immobiliengeschäfte des Bundesgeschäftsführers ...

Wohl wahr: wer mit Geld arbeitet, muss Ideologie zurückstellen. Soweit Bartsch, soweit richtig. Als es aber in Thüringen eine weitreichende Investitionsentscheidung zu treffen galt, promotete Bartsch die ideologische. Im begehrten Innenstadtbereich der aufstrebenden Landeshauptstadt Erfurt nickten der Geschäftsführer und sein anhänglicher Schatzmeister Hobler mit der Liegenschaftsverwaltung „Vulkan“ an ihren Marionettenfäden ab, dass das „Projekt Rotdorn“ (ein Hotel, Bürohaus plus Thüringer PDS-Zentrale nebst Garagentrakt und

großer Baufläche) für einen lächerlichen Hunderttausend-Ertrag im Versteigerungsgebot schließlich weit unter Marktwert verscherbelt wurden. Renoviert wäre dieses Erfurt-Center-Objekt heute wohl viele Millionen Euro wert und würde der Linken gute Mieten abwerfen. Aber das Geld fehlte der „Vulkan“. Die riesigen Renovierungsmillionen waren zuvor in Elgersburg (Thüringer Wald) für ein dahinsiechendes PDS- Hotel vergeudet worden, wo der Bodenpreis ein Bruchteil der Erfurter Innenstadt beträgt, also die investierte Mark zum schlechten Gelde werden musste. Vermutungen über dieses gigantische Minus-Kalkül aus dem Parteiinneren gab es immer wieder: im „Rotdorn“ hatten linke Bartsch-Gegner gearbeitet (solche, die der SPIEGEL „Betonköpfe“ nennt). Aber: mit dem Elgersburger Hotel aus alten DDR-Beständen konnte sich Bartsch bei Thüringer Delegierten beliebt machen. Und: Bartsch-Getreue in die Geschäftsführung befördern lassen. Mit Bartschs Investitionsentscheidungen und der ihm „verbundenen“ Geschäftsführung schwächeln die „PDS-nahe“ Immobilienfirma „Vulkan“ nebst Liebknecht-Haus über dem Abgrund. Gäbe es keine Parteigelder, wäre wohl bald Schluss. Transparenz-Nachfragen nach solchen Entscheidungen sind bis heute ebenso wenig statthaft, wie nach den vielbeschworenen SED-Geldern.

Ein überschätzer Wahlkampfleiter

Auch als Wahlkampfleiter sind seine Fähigkeiten umstrittener, als Bartsch mit keckem Mundwerk glauben machen möchte, wenn er sich für die letzte Bundestagswahl feiern lässt. Die Erinnerung an sein 2002-Desaster wäre noch lebendiger in Erinnerung, hätte es die beiden Leuchtfiguren Lafontaine und Gysi 2005 nicht gegeben. Als der Europarteitag 2009 in Essen die Bartsch- Müntefering-Freundin S.Y. Kaufmann (wegen ihrer Zustimmung zum EU-Lissabonvertrag) nicht wieder nominierte, reagierte Wahlkampfleiter Bartsch auch ideologisch. Kraftlos schleppte sich das Wahlkampfgeschäft fortan über die Runden, das Nein zum Lissabon-Vertrag verschwand aus den Plakaten. Das langweilige Offizial-Blau der EU ersetzte das linke Erfolgs-Rot aus dem Bundestagswahlkampf.

Bartsch will zur Elite einfach dazu gehören. Rechte Reizfiguren der westdeutschen Linken werden von ihm auch an unpassender Stelle über den Klee gelobt. So der „Knochenbrecher der SPD“, Herbert Wehner, der Leute wie Ex-SPD-MdBs Manfred Coppel und Karl-Heinz Hansen wegen deren Abstimmungen gegen die Pershings, mit – gelinde gesagt – stalinophilem Führungsstil ins Aus beförderte, bevor sie dann Bartschs PDS unterstützten, was diesen nicht davon abhielt, dem SPIEGEL zu verraten: von Marx ginge seine linke Linie „ja sicherlich zu Wehner... Wehner wäre heute in der PDS.“ Mit derart grenzwertigem Weltbild schwelgte Bartsch weiter in jenen Tugenden, die West-Linke schaudern machen. Dass er im Westen als „Osterwelle“ bespöttelt würde, sähe er „eher als Kompliment. Denn Guido Westerwelle ist einer der brilliantesten Politiker.“ (SPIEGEL 20-2001). Wehners Bild – so der SPIEGEL – hängt im

Büro von Dietmar Bartsch.

Wo andere Fingerspitzengefühl für Friedensbewegte und Gewerkschafter hatten, blieb Bartsch so tumb und arrogant wie Vorbild Wehner und Ex-Chef Honecker. Seine Sensibilität für weniger betuchte Parteimitglieder blieb in engen Grenzen, als er nach seinem vorübergehenden Ausscheiden als Bundesgeschäftsführer 2002 von Ex-SED-Seilschaften einen Managementjob in einem „befreundeten“ Immobilien-Unternehmen zugeschanzt bekam und prompt herum schwadronierte, nie wieder wolle er „so schlecht verdienen wie im Bundestag.“ (Tagesspiegel, 28. April 2003)

Linke West-Kultur blieb Bartsch so fremd wie die gewerkschaftliche Szene. Bis zum Zusammenschluss mit der WASG fristete die PDS-AG Betrieb und Gewerkschaft unter seiner Geschäftsführerschaft ein belächeltes Randdasein. Arbeitszeitverkürzung „mit vollem Lohnausgleich“ musste stets aufs Neue gegen heftigen Apparat-Widerstand ins Programm gekämpft werden. Auf die Frage, ob ein gewerkschaftsorientierter Alternativ-Programm entworfen werden könnte, tonte er von hohem Ross, „dass unser Entwurf mehrheitsfähig ist – nicht der der anderen. Ich zitiere Kohl: die Karawane zieht weiter!“ (SPIEGEL 20/2001)

Die Karawane zog kurz darauf weiter. Aber ohne Bartsch. Unter seiner Geschäfts- – und Wahlkampf-Führerschaft kamen nahezu alle Fehlentscheidungen zustande, die die PDS 2002 auf die schlappen 4% brachten: vier Spitzenkandidaten ohne Charisma aufgeblasen auf 18/1-Format und keine/r aus dem Westen dabei; ein Wahlkampf, der Schröder in Kernbereichen schonte; ständige Demütigungen jener Wissenschaftler und (der vielen wegen Bartsch ausgetretenen) Aktivisten, die um ein differenzierteres DDR-Geschichtsbild, als das von Guido Knopp und Guido Westerwelle rangen. Gleichzeitig bot er sich den West-Eliten, namentlich Schröder, als Skatpartner und Steigbügelhalter an, indem er die Partei entzweite und „in der PDS einen Koalitionsstreit nach dem anderen entfachte“ (FR 14.5.2001).

Zwar hatte er noch seinen Rücktritt angekündigt, sollte die PDS nicht im Bundestag bleiben („daran werde ich mich auch persönlich messen lassen“, SPIEGEL 2001-01). Als es soweit war, wollte er zum Dank für das Debakel gar noch Parteivorsitzender werden. An Biskys Stuhl hatte er ebenso gesägt, wie an dem von dessen Nachfolgerin. Aber selbst die rötlich-farblose Gabriele Zimmer schlug ihn aus dem Feld.

Das war Gera. Wo gegen Bartsch zusammenwuchs, was nicht zusammengehörte. Entstanden war die Notgemeinschaft eigentlich in einer Telefonkonferenz des geschäftsführenden PDS-Parteivorstands. Am Tag zuvor hatte George W. Bush den Bundestag besucht, vier PDS-MdBs

mit einem „Stop your wars“-Spruchband protestiert und Bartschs Intimus Roland Claus sich offiziell als PDS-Fraktionsvorsitzender beim US-Kriegsherrn entschuldigt. Bartsch verlangte tags drauf von der PDS-Spitze uneingeschränkte Solidarität mit Clausens Kotau vor Bush. Zimmer und Partei-Vize Dehm widersprachen aber gemeinsam, die Partei ging auf leichte Distanz zu Claus und das Bündnis von Gera war geschaffen, bei dem Bartsch dann – wenn auch nur vorübergehend – den kürzeren zog. Laut „Berliner Zeitung“ hatte Bartsch am 13. Januar 1999 noch gefordert, seine Partei müsse „im Jahr 2002 auch im Bunde regierungsfähig sein“. Christoph Seils setzte hinzu, Bartsch habe dazu von seiner Partei „konsequenten Realismus“ und die Entwicklung „realistischer sozialistischer Positionen“ verlangt. Mit Blick auf die Vorbehalte und Widerstände in seiner Partei habe Bartsch gesagt, „damit machen wir programmatisch die Tür auf“. Nach Ansicht des Bundesgeschäftsführers müsse sich die Partei beispielsweise in der Sozialpolitik oder in der Außenpolitik bewusst machen, „was mit den anderen machbar wäre“. Vielen in seiner Partei sei noch nicht bewusst, so Bartsch laut Seils, dass die PDS mittlerweile ein „Machtfaktor neuer Qualität“ sei.

Die Angst des Wahlkampfleiters vor einem Wahlkampf und eines Oppositionspolitikers vor nicht-subalterner Opposition

Wie hat die SPD-Obrigkeit aber damals den „Machtfaktor neuer Qualität“ wahrgenommen? Man bemühte sich, mit gesteigertem Aufwand Druck auf die PDS auszuüben. In der Außen- und Wirtschaftspolitik habe die PDS „einiges zu klären“, hieß es von Müntefering. Unter anderem gehe es um ihr Verhältnis zur NATO und die Frage, ob sie „Systemopposition“ betreiben wolle oder sich als „Reformpartei“ verstehe (Frankfurter Rundschau, 12. Oktober 2000).

Nach Koalitionspartner Ringstorffs absprachewidrigem Ja zur Rentenreform im Bundesrat warf Müntefering der PDS-Spitze Fundamentalismus vor (Berliner Zeitung, 15. Mai 2001). In der Außen-, Sicherheits- und Bündnispolitik, aber auch in Fragen der sozialen Marktwirtschaft und des Privateigentums stimmten „die Positionen der PDS nicht mit den Aufgaben dieses Staates überein“ (NETZEITUNG, 3. Juli 2001). Wegen des Verhaltens der PDS-Abgeordneten bei den Bundestagsabstimmungen zu Mazedonien und Afghanistan hat Müntefering Dietmar Bartsch abgekanzelt, als handle es sich bei ihm um einen SPD-Untergebenen. Er hätte „versagt“, ließ Münte wissen (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Januar 2002). Solches Trommelfeuer ist nie wirklich zurückgewiesen worden. Was Wunder, dass Gabriel und Müntefering später, bei Lafontaine, immer gerne an ihren Bartsch zurückdachten. Denn Bartsch forderte vorrangig, „was mit den anderen machbar wäre“.

Und Bartsch verfuhr mit innerparteilichen Kritikern und solchen, die ihm der SPIEGEL als

„Betonköpfe“ zugerufen hatte, wie weiland Fischer & Schröder mit ihren Fundis: sie wurden zur Medientreibjagd freigegeben. Staatstragende Weichspüler bezeichnete Bartsch wie auch der SPIEGEL gemeinsam öffentlich als „Reformer“. Ihnen stellte er andere gegenüber, die er – in Abwandlung von „Stalinisten“ oder „linken Dogmatikern“ – nun „fundamentalistisch-kommunistische“ und „fundamentalistisch-marxistische“ Kräfte bzw. „orthodox-marxistisches Lager“ nannte. Die verdächtigte er lauthals, „auf einen Richtungs- und Identitätswechsel der PDS hinzuarbeiten“.

Dabei war Bartsch selbst drauf und dran, die Richtung „zu wechseln“ – und zwar nach rechts – gemeinsam mit seinem angestellten KLH-Schreibhelfer Thomas Falkner (Dauerautor in der rechten SPD-Netzwerker-Publikation „Berliner Republik“ und Koalitions-Architekt des Personalabbaus jetzt in Brandenburg). Indiskretion gegenüber dem SPIEGEL war damals bereits verbreitete Methode beim Ausschalten politisch Andersdenkender. So sagte Falkner über die immerhin gewählte Parteivorsitzende und Vorgesetzte Gabi Zimmer – aber im Schuttschatten Bartschs - am 30.9.2002 zum SPIEGEL: "Die Frau muss weg. ... Deren Kurs führt uns zur Zwei-Prozent-Partei." Dann soll Falkner vor einer "Re-Ideologisierung" und Tendenzen zum "Neokommunismus" gewarnt haben. Und der SPIEGEL weiter über die Illoyalität eines Angestellten zur gewählten Vorsitzenden: „Vergangenen Dienstag stellte er sich vor die Mitarbeiter der Parteizentrale und forderte die Ablösung Zimmers: Einer schwieg begeistert – Bartsch.“

Mitnichten neu ist also, wenn Bartsch innerparteiliche Gegner medienöffentlich verbellt. Kürzlich, wenige Monate vor der wichtigsten Landtagswahl in 2010, erklärte er die nordrhein-westfälische Landespartei in „Bild“ für „nicht regierungsfähig“. Danach wurde Bartsch im SPIEGEL zitiert, Lafontaine sei eigentlich ein fauler Parteivorsitzender, weil sein Büro immer leer stehe. Und Lafontaine habe die Öffentlichkeit belogen, denn sein Entschluss, den Fraktionsvorsitz aufzugeben, sei nicht erst vor kurzem gefallen, sondern vor einem Jahr. (Ob Lafontaine nur wegen der Prostata oder auch wegen Bartschs angemasster Deutungshoheit darüber demissionierte, wird wohl nie ganz geklärt.) Was Bartsch allerdings bei solchen Anschwärzereien in den 19 Jahren zuvor nie erlebt hatte, trat ein. Die neue Partei liess sich solcherlei Verrat nicht bieten, Bartsch musste den lukrativen Posten preisgeben. Aber seine staatstragende Seilschaft schwor Rache. So leicht durfte die Karrierejob-Maschine in der Kleinen Alexander-Strasse nicht in fremde, westliche Hände fallen. Über schwarze Kanäle trommelten sie in ihre Ost-Basis, nicht Lafontaine sei von Bartsch verraten worden, sondern Bartsch von Uli Maurer und Klaus Ernst. Und der Westen wolle den Osten aufs neue überrollen. Und deswegen müsse ein Ossi an die Liebkechthaus-Spitze. Gysi ging darauf ein und schlug einen vor, der lange Landesvorsitzender im Osten gewesen war. Der aber gehörte nicht zur Bartsch-Seilschaft und war ergo auch nicht genehm. Die sechs Ostlandesvorsitzenden warfen ihre jeweiligen geschlossene Ostdelegationen in die Poker-Schlacht und auf die Waagschale.

Offen wurde gedroht, der Partei einen Spalt kurz vor der NRW-Wahl zu besorgen. Am Ende brachte Parteivize Wawzyniak den Kompromiss einer doppelten Geschäftsführerschaft aus dem neutralen Werner Dreibus und der Bartsch-Freundin Caren Ley. Alle anwesenden Landesvorsitzenden in der Kompromissnacht vom 25. auf den 26. Januar liessen sich grollend von Gysi und dem nahenden Wahltermin auf den Kompromiss einschwören. Aber bereits im Morgengrauen begann das Denunzieren antikapitalistischer Wessis durch einen Landesvorsitzenden-Ost aufs Neue.

Früher, während der damaligen PDS-Programmdebatte, hatte das Denunzieren den gewünschten Erfolg: das Aufweichen linker, koalitionsabträglicher Positionen. Damals war es zuvorderst – und auch SPIEGEL/Bild-gestützt – gegen die innerparteiliche Linke um Sahra Wagenknecht gegangen. Damals hatten Bartsch und Falkner nichts unversucht gelassen, antikapitalistische Identitäten der gewerkschaftlichen Linken in Ost und West abzuschleifen, diese zu demütigen und mithilfe des SPIEGEL zu diskreditieren. Zum Beispiel beim „Eingriff ins kapitalistische Eigentum“ – jener kardinalen Forderung aus IG-Metall-, DGB- und Berliner SPD-Programm.

Bartsch zum SPIEGEL 2001: „... die Enteignung der Deutschen Bank. Und? ...Das Einzige ist, dass der Staat, der per Dekret enteignet hat, sagt: Wir nehmen den Aktionären das weg, das fließt in unsere Tasche. Mehr ist nicht. Es ist null mehr Sozialismus.“

„Null mehr“, als wenn Zigmillionen in privatkapitalistischem Eigentum verblieben? Abgesehen davon, dass es doch etwas sozialer sein dürfte, wenn Milliardenprofite für Kindergärten statt etwa in das „Finanzprodukt Leerverkäufe“ ausgegeben würden, scheint es beim „Finanzfachmann“ Bartsch völliges Unwissen über die unterschiedlichen Zinshöhen in verstaatlichter und in privatkapitalistischer Kreditvergabe zu geben. Und er will nicht wissen, mit wem die Deutsche Bank privat politische Geschäfte trieb und treibt.

Verharmlosung des Gegners und seiner ideologischen Grundfesten sind die Regel für Bartsch und seine Seilschaft: „Wenn man es in einem Satz zusammenfasst, will die SPD demokratischen Kapitalismus, und wir wollen demokratischen Sozialismus. Wenn es da Überschneidungen gibt, wunderbar.“ (Bartsch lt. SPIEGEL 20/2001)

DIE ZEIT sah damals kritischer auf Bartsch als sein Hausblatt SPIEGEL. Unter der hübschen Überschrift „Der Staat frisst seine Revolutionäre“, berichtete sie am 21.6.2001 über einen Segelschiff-Ausflug mit der Valdiva von Altona („ein schnittiges Segelschiff, auf dem sonst Dentallabors und Unternehmensberatungen feiern“) der koalitionslüsternen PDSler. „Mit Sekt und Bier und Fischhäppchen kreuzte die Garde der Partei auf der Kieler Förde. In Seemanns-Pullovern und nagelneuen Baumwollschuhen steht man zum konzentriert zwanglosen Gespräch

bereit. Nur Dietmar Bartsch, der alerte Bundesgeschäftsführer, hat sein Sakko nicht zu Hause lassen können. (...) Alle paar Minuten holt ein Handyklingeln sie in die Realität zurück. Am Vortag ist Parteivize Diether Dehm so blöd gewesen, sich an die Beschlusslage der PDS zu halten und in einem Interview über die „Vergesellschaftung“ der Industrie zu reden. Nun muss die Dementi-Maschinerie mit Wortfetzen gefüttert werden: "Ausgesprochen unglücklich", "ein Missgriff". Was man auf dem Schiff über Dehm ... wirklich denkt, ist nicht zitabel.

So weichgespült besorgte Bartsch schliesslich das doppelte Missmanagement, das die politische Wahl-Kampfkraft der PDS arg beschädigte: erstens die falsche Beurteilung eines Konkurrenten und Gegners, nämlich der SPD, aus übertriebener Rücksichtnahme auf eventuelle Partnerschaft. Und zweitens der falsche Umgang mit kritischen Mitgliedern und Anhängern der eigenen Partei. Eigene marxistisch orientierte PDS-Mitglieder zu opfern, schien manchem im Osten als die eine wichtige Vorleistung, von der SPD staatsrechtlich anerkannt zu werden. Unter Verzicht auf allen Stolz gegenüber der SPD, die jegliche Zusammenarbeit mit der PDS damals öffentlich ablederte, lieferte das KL-Haus unter Bartschs Führung einen Grundsatz nach dem anderen frei haus. Ohne Gegenleistung! Bei Bartsch und in der Rheinischen Post vom 13.10.2000 liest sich das so, „Auf dem Parteitag steht ein Leitantrag zur Abstimmung ...Voraussetzung für ein Mitte-Links-Bündnis auf Bundesebene ... jedoch nicht vor 2002.“

Mit der Niederlage der PDS 2002 konnte sich Müntefering einbilden, sein Satz (vom 4./5. März 2002 in der taz) habe sich bestätigt: „Die Bundesrepublik braucht keine Partei wie die PDS.“ Doch: mit Oskar Lafontaine zeigte die Linke, dass der SPD-Chef sich zu früh gefreut hatte. Aber leichtsinnig wäre, zu glauben, die Staatstragenden in der Links-Partei hätten aus ihren Wahlniederlagen in Berlin und im Bund gelernt. Als Beispiel sei an einen Vorgang erinnert, der sich im Dezember 2005 abspielte. Es war im Bundestag abzustimmen über den fortgesetzten Einsatz von Bundeswehrsoldaten im Sudan. Der Abgeordnete Norman Paech hatte empfohlen, den Einsatz abzulehnen, weil wieder einmal das Geschäft mit Erdöl einer der Faktoren ist, die den Einsatz bestimmen. Aber nur 36 der 54 Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE folgten der Empfehlung. Im Zusammenhang damit auf den Beschluss des Münsteraner Parteitags, UN-Militäreinsätze strikt abzulehnen, angesprochen, hat Dietmar Bartsch laut ND vom 20. Dezember 2005 bemerkt, der Beschluss enthalte „drei Kilo Ideologie“. Ein „paar Kilo“ entgegengesetzter Ideologie lieferte der SPIEGEL in einer weitreichenden Gesamteinordnung des Abstimmungsverhaltens (Ausgabe vom 19.12.05): Es handle sich um eine „Lockerungsübung der Genossen in Sachen Parteidisziplin... Probelauf... Schritt für Schritt wollen Spitzengenossen die eigene Partei vom radikalen Oppositionskurs zum klaren Pragmatismus treiben: fest im Blick auf das Wahljahr 2009, fest im Visier eine Regierungsbeteiligung im Bund – und alles bei ständiger Beobachtung der möglichen Partner

SPD und Grüne“.

Nach einem Treffen mit Sigmar Gabriel kurz nach Lafontaines Krebsoperation, immerhin auf dem medialen Silbertablett des Cafe Einstein Unter den Linden, nannte der SPD-Chef den Linken-Bundesgeschäftsführer, den er später sogar zum Übertritt einlud, „weltoffen und verantwortungsbewusst“. Gysi was not amused. Und danach klärte Gabriel den Bartsch auf - was Wunder - über Oskar. Den hatten SPD-Netzwerker in seiner Zeit als SPD-Chef und Finanzminister öfter im Brie-Bartsch-Modus bei SPIEGEL, BILD usw. mit Internas verpiffen und zum Rücktritt getrieben. Und so belehrte Gabriel den Bartsch fürsorglich „über den Zustand, in dem Lafontaine am Ende die Partei Die Linke hinterlassen wird“. Von Bartsch, der wissen musste, wie er selbst die PDS 2002 als Wahlkampfleiter und Bundesgeschäftsführer „hinterlassen“ hatte und was dann aus dieser nicht zuletzt durch Oskar Lafontaine hatte werden können, war keinerlei Empörung gegen des Cafe-Kumpels „brüderliche Hilfe“ zu vernehmen.

Oskar Lafontaine im ND-Interview „Man muß die Linke an dem erkennen, was sie in keinem Fall machen wird“:

„ ... eine Partei, die erfolgreich sein will, (muß) sich an Regeln halten ...

Regel Nr. 1: Der Bundesgeschäftsführer muss Landesverbände, die schwierige Wahlen vor sich haben, unterstützen. Dietmar Bartsch teilte jedoch der »Bild« mit, er sei gegen eine Regierungsbeteiligung der LINKEN in Nordrhein-Westfalen, weil den Genossen dort der Pragmatismus fehle. Und im »Spiegel« erklärte er, einige Ideen der NRW-Linken seien außerhalb der Welt. Das ist mit den Aufgaben des Bundesgeschäftsführers unvereinbar.

Regel Nr. 2: Der Bundesgeschäftsführer darf nicht Stichwortgeber für den gegen die LINKEN gerichteten Kampagnenjournalismus sein. Er soll vor allem keine Interna aus der engsten Führung ausplaudern. Hierzu hat Dietmar Bartsch in der letzten Parteivorstandssitzung Fehler eingeräumt.

Und Regel Nr. 3: Der Bundesgeschäftsführer darf einem Parteivorsitzenden nicht in den Rücken fallen. Im November warf mir der »Spiegel« Wählertäuschung vor, weil ich den Vorsitz der Bundestagsfraktion abgegeben hatte. Um weiteren Vorwürfen und Verdächtigungen vorzubeugen, war ich gezwungen, meine Krebserkrankung öffentlich zu machen. Am selben

Tag schloss Dietmar Bartsch in der »Ostseezeitung« einen Zusammenhang zwischen meinem Verzicht auf den Fraktionsvorsitz und meiner Krebserkrankung aus. Wie die Medien mittlerweile korrekt berichteten, habe ich dieses Verhalten in der letzten Parteivorstandssitzung als niederträchtig bezeichnet. Es gab auch keinen Widerspruch. Nach diesen Klarstellungen sollten wir die Debatte beenden.

ND 13.02.2010

How to cite:

Peter Rath-Sangkhakorn, Bartsch – des SPIEGELS braver SED-Nachfolger
, in: www.vordenker.de (Sommer-Edition 2008), J. Paul (Ed.),
URL: < http://www.vordenker.de/rath/Bartsch_des_SPIEGELS_braver_SED-Nachfolger.pdf >

Copyright 2010 vordenker.de
This material may be freely copied and reused, provided the author and sources are cited

vordenker

ISSN 1619-9324
